


Fraktion der Verbandsversammlung	
14/0100	

	01.02.2021
Fraktionsanfrage	öffentlich

Beratungsfolge	Beratungsstatus	Sitzung am	TOP
Ausschuss für Klima, Umwelt und Ressourceneffizienz	zur Kenntnis	05.03.2021	
Ausschuss für Wirtschaft und Beteiligungen	zur Kenntnis	22.02.2021	12.2

Betreff: Zentraldeponie Gelsenkirchen

Anfrage

Die Erweiterung der Zentraldeponie Emscherbruch in Gelsenkirchen trifft vor Ort als auch regional auf deutliche Kritik. Sowohl bei der lokalen Politik als auch der ansässigen Bevölkerung sorgen die intransparenten Maßnahmen für Unverständnis. Auch die entsprechenden Gremien im RVR ließ man in Unkenntnis. Durch das schnelle Handeln der AGR wurden innerhalb kürzester Zeit mehrere Hektar Wald in einer ohnehin waldarmen Region unwiederbringlich zerstört. Es gibt widersprüchliche Aussagen darüber, ob tatsächlich ein Bedarf für eine Erweiterung bestand. Vom LANUV ermittelte Daten bescheinigten vor Kurzem noch Kapazitäten über das Jahr 2030 hinaus. Das Vorgehen der AGR bei der Erweiterung der Zentraldeponie wirft somit mehrere Fragen auf. Wir bitten die Verwaltung diese zu beantworten:

- Ist die geplante Erweiterung der Deponie im Rahmen des bestehenden Abfallwirtschaftsplans zwingend notwendig?
- Die AGR als Abfallgesellschaft des RVR hat eine Mitteilungspflicht in Richtung des RVR und der Verbandsversammlung. Warum wurden der Umweltausschuss und der Wirtschaftsausschuss nicht über die Erteilung der Erlaubnis des vorzeitigen Beginns innerhalb des Planfeststellungsverfahrens informiert?
- Weshalb erfolgte die Abholzung so schnell nach Genehmigung des Antrags? Gibt es hierfür Gründe? Wenn ja, welche?

Die AGR weist auf der Homepage auf eine von ihr in Auftrag gegebene Analyse zum Bedarf an Deponiekapazitäten hin. Wir bitten darum, diese Analyse den Ausschüssen zur Verfügung zu stellen und folgende Frage dazu zu beantworten:

- Ist die Analyse deckungsgleich mit den Analysen zu Deponiebedarfen des Landes NRW?

- Gibt es eine Abstimmung zu den Ergebnissen dieser Analyse mit der Bezirksregierung und dem LANUV?
- Beruht die Erweiterung der Deponie auf den Analysen des Landes NRW oder der eigenen in Auftrag gegebenen Untersuchung?

Die Bezirksregierung hat in einem anderen Zusammenhang einer Deponieerhöhung Sicherheitsleistungen eingefordert. Diese Sicherheitsleistungen müssen in der Regel insolvenzfest hinterlegt werden.

- Sind bereits Rückstellungen dafür gebildet worden? Wenn ja, sind diese ausreichend?
- Welche Auswirkungen hat das auf die Liquidität der AGR bzw. in welcher Höhe werden liquide Mittel gebunden?

Bearbeiter/in	Fraktionsgeschäftsführer/in	Fraktion/en
Finke, Karsten	Finke, Karsten	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Bezugsnummer.		

Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen
gez. **Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen**